

Rußland und die Frage der Selbstmandatierung der NATO

Mayer, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mayer, S. (1999). *Rußland und die Frage der Selbstmandatierung der NATO*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 15/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47901>

Nutzungsbedingungen:

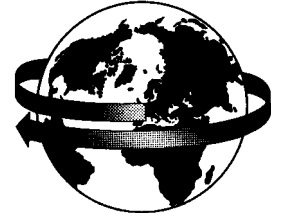
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 15/1999

22. April 1999

Rußland und die Frage der Selbstmandatierung der NATO

Zusammenfassung

Äußerungen von Moskauer Regierungs- wie Oppositionsseite zur Frage der NATO-Selbstmandatierung sind größtenteils negativ und haben durch die aktuelle Entwicklung in Jugoslawien noch an Deutlichkeit zugenommen. In der Praxis ist die russische Außenpolitik jedoch überwiegend kooperativ eingestellt. Die scharfe Rhetorik ist innenpolitisch motiviert und hat darüber hinaus verhandlungstaktische Motive. Zudem spielt der Verlust des Supermacht-Status eine Rolle. Ferner besteht wohl auch die Befürchtung, eine Selbstmandatierung könnte in Zukunft zu Kriseneinsätzen im "Nahen Ausland" oder gar direkt auf dem Territorium der Russischen Föderation führen.

Die NATO in der post-bipolaren Welt

Mit der militärischen Intervention der NATO in der Bundesrepublik Jugoslawien führt das Bündnis erstmals seit seiner Gründung 1949, zumindest rein formal, einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat. Diese Einsätze erfolgen ohne ausdrücklichen Beschluß des UN-Sicherheitsrates. An diesem Einzelbeispiel entzündet sich ein prinzipieller Streit um das neue Strategische Konzept¹ der Allianz, das erklärtermaßen den neuen sicherheitspolitischen Anforderungen in Europa gerecht werden soll und auf der Jubiläumstagung vom 23. bis 25. April in Washington verabschiedet werden wird.² In dieses Dokument könnte, wenn auch implizit, das Prinzip der Selbstmandatierung Eingang finden, also der Einsatz von NATO-Truppen außerhalb des Bündnisgebietes ohne Mandat des Sicherheitsrates oder der OSZE.

Zu Beginn der neunziger Jahre war der NATO mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation auch ihre raison d'être abhanden gekommen, sie mußte ihr Selbstverständnis neu definieren. Als Ideal wurden "interlocking institutions" propagiert,³ eine Sicherheitsarchitektur, "in der die NATO, die KSZE, die Europäische Gemeinschaft, die WEU und der Europarat einander ergänzen".⁴ Dies impliziert auch den Einbezug von Nicht-NATO-Staaten. Programmatisch heißt es bereits im Kommuniqué des Kopenhagener NATO-Treffens vom Juni 1991: "Wir wünschen kein Land zu isolieren, ebenso wenig wie eine neue Teilung des Kontinents. Unser Ziel ist es, zur Schaffung eines

¹ Das neue Strategische Konzept wird nach dem Gipfel unter <http://nato50.gov/text/99042411.htm> zu finden sein.

² Obwohl es sich genau genommen lediglich um eine Überarbeitung des Strategischen Konzepts von 1991 handelt, ist im folgenden vom "neuen Strategischen Konzept" die Rede.

³ Der Begriff "interlocking institutions" fiel auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991. Wortlaut des Kommuniqués der Staats- und Regierungschefs, in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 13.11.1991.

⁴ Bulletin, ebenda, S. 1033.

einen und freien Europas beizutragen."⁵ Die NATO-Osterweiterung um drei neue Mitglieder, die Partnerschaft für den Frieden (PfP), der NATO-Rußland-Rat und die NATO-Ukraine-Kommission, all dies sind Beispiele für den Versuch, möglichst viele Staaten Europas, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, in diese Sicherheitsarchitektur einzubeziehen.⁶ Die Allianz wird dadurch zur entscheidenden sicherheitspolitischen Institution in Europa.

Mit der Neudefinition ihrer Aufgaben nach 1990 geht eine Entwicklung der NATO einher, neben der eigentlichen Kernfunktion, der Verteidigung des Bündnisgebietes, sogenannte "humanitäre Interventionen" in ihr Aufgabenspektrum aufzunehmen. Der militärische Auftrag der NATO beschränkt sich damit nicht mehr allein auf "kollektive Verteidigung", sondern beinhaltet auch Aufgaben des Krisenmanagements bzw. der Friedenserhaltung. Die Dislozierung von Truppen nach Bosnien-Herzegowina ist ein solcher Fall und der bereits erwähnte Einsatz von NATO-Kräften gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist ein weiteres Beispiel.⁷

Solange es um vom UN-Sicherheitsrat oder durch die OSZE gebilligte NATO-Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes geht, besteht Konsens unter den NATO-Staaten und ihren Partnern. In Bosnien-Herzegowina waren russische und andere Nicht-NATO-Kontingente im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden an der IFOR-Mission beteiligt und sind nun in die SFOR einbezogen. Dissens besteht aber hinsichtlich der Selbstmandatierung der NATO, die vor allem von den USA forciert wird. Außenministerin Albright im Juli 1997: "Well, we are dealing with a new NATO. And the new NATO is there in order to deal with the problems of instability, and those are the ones that we see as the major problems facing all of us as we enter the 21st century. And those are conflicts within societies and border conflicts."⁸ Es geht vor allem um die Proliferation von "nuclear, chemical and biological weapons. NATO's new strategic concept must address this urgent need".⁹

Am 13. November 1998 wurde im Rahmen des Jahrestreffens der Nordatlantischen Versammlung bereits eine Empfehlung verabschiedet, ein UN- oder OSZE-Mandat für militärische Aktionen außerhalb des Bündnisgebiets nicht ausdrücklich vorauszusetzen.¹⁰

NATO-Selbstmandatierung – Kritik von russischer Seite

Wie wird nun die NATO vor diesem Hintergrund von russischer Politik und russischen Medien wahrgenommen? Wie wirken sich in diesem Zusammenhang die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien aus?

⁵ Bulletin, a.a.O., 11.6.1991, S. 528.

⁶ Über diese Länder hinaus sind auch die nichteuropäischen GUS-Staaten Mittelasiens durch die Partnerschaft für den Frieden in diese Architektur einbezogen.

⁷ Auch im Konflikt mit dem Irak mit anschließenden Bombardements hatten im Dezember letzten Jahres die USA und Großbritannien den UN-Sicherheitsrat nicht konsultiert und daher scharfen Protest Rußlands geerntet. Hierbei hat es sich jedoch formal um keinen NATO-Einsatz gehandelt.

⁸ Press briefing by Secretary of State Madeleine Albright, Secretary of State William Cohen, National Security Adviser Sandy Berger, and Press Secretary Mike McCurry, 8.7.1997, <http://www.embusa.es/nato/albrigh4.html>, download 14.4.1999.

⁹ Secretary of State Madeleine Albright, Remarks to the NATO-Russia Permanent Joint Council, 28.5.1998, <http://www.usia.gov/topical/pol/eap/albrpjc.htm>, download 14.4.1999.

¹⁰ Jan Weydenthal, Nato: Future Strategy Moves Toward Broader Military Scope, 16 November 1998, RFE/RL's continuing coverage. Expanding NATO, November 1998, <http://www.rferl.org/nca/features/1998/11/F.RU.981116140921.html>, download 9.4.1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

Rußland kritisiert diese Ausweitung von NATO-Zuständigkeiten.¹¹ Offiziell wird die Sorge artikuliert, der Stellenwert der Vereinten Nationen, die OSZE und das internationale Völkerrecht insgesamt könne Schaden nehmen. In einer Regierungserklärung der Russischen Föderation wird klargestellt, daß "die Anwendung von Gewalt gegen einen souveränen Staat ohne entsprechende Sanktionierung durch den UN-Sicherheitsrat einen äußerst groben Verstoß gegen die UN-Satzung darstellen würde, der das gesamte System der derzeitigen internationalen Beziehungen unterminieren würde."¹² Außenminister Iwanow warnt: "Im Falle der Umsetzung des neuen Strategischen Konzepts der NATO beginnt Anarchie, wir kehren ins Mittelalter zurück, und es wird wieder die Aufteilung von Territorien und Einflüßbereichen beginnen."¹³

Neben dieser noch vergleichsweise vorsichtigen Kritik von Spitzenpolitikern werden auf niedrigerer politischer, und vor allem militärischer Ebene mitunter scharfe Vorwürfe laut. General Walerij Manilow, erster stellvertretender Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte, warnt, eine Selbstmandatierung sei "völlig inakzeptabel" und würde als ein "Akt der Aggression" angesehen.¹⁴ Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, Roman Popkowitsch (Unser Haus Rußland), sieht im neuen Strategischen Konzept der NATO die Absicht, deren Verantwortungszone auszudehnen. Sie lasse sich von dem Grundsatz leiten, nicht nur die Territorien der Bündnismitglieder, sondern auch deren Interessen in der ganzen Welt zu verteidigen.¹⁵

Selbstmandatierung und Kosovo-Krieg – Reaktionen der russischen Politik

Mit Bezug auf die Situation in Jugoslawien warnte ein Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums bereits im Oktober letzten Jahres, im Falle eines unautorisierten Einsatzes würden "alle Kontakte zur NATO abgebrochen". Außerdem werde damit das Embargoregime gegen Jugoslawien beendet.¹⁶ Generaloberst Iwaschow, Chef der Hauptverwaltung "Internationale militärische Zusammenarbeit" des Verteidigungsministeriums äußerte wenige Tage vor Beginn der militärischen Auseinandersetzungen den Vorwurf, durch Drohungen verschärfe die NATO die Lage im Kosovo absichtlich. Das Handeln der NATO sei eine "Strategie zur Schaffung und Verschärfung einer Krisensituation".¹⁷

Unmittelbar nach dem Beginn der militärischen Aktionen hatte der russische Präsident am 25. März 1999 die Einsätze scharf verurteilt und angekündigt: "Wir haben extreme Maßnahmen in Reserve, aber wir haben entschieden, sie noch nicht anzuwenden."¹⁸ Der russische Außenminister Iwanow forderte gar, die Verantwortlichen für die NATO-Luftangriffe vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen.¹⁹

Die Regierungsvertreter sind allerdings mit nationalistischen und kommunistischen Oppositionsgruppierungen konfrontiert. Diese nutzen den Konflikt als Vehikel vor dem Hintergrund der im Dezember anstehenden Dumawahlen und versuchen, ihn rhetorisch zu ihren Gunsten auszuschlachten. Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei, Wladimir Shirinowskij, ruft Freiwillige zur Unterstützung der "Serbischen Brüder" auf; Gennadij Sjuganow, Chef der Kommunisten, hat der NATO vorgeworfen, der "Ideologie des Hitlerismus" zu huldigen; Alexander Lebed, Gouverneur von Krasnojarsk, fordert die Bereitstellung von Flugabwehrraketen für Jugoslawien. In der Duma gibt es mehrere Stimmen, die für eine Aufhebung des Waffenembargos eintreten. Im Föderationsrat gibt es

¹¹ So etwa am 13.11. in Edinburgh 1998 auf dem Jahrestreffens der Nordatlantischen Versammlung, vgl. Jan Weydenthal, Nato: Future Strategy.

¹² INTERFAX vom 4.10.1998, zit. nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 5.10.1998.

¹³ ITAR-TASS, 13.12.1998, zit. nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 14.12.1998.

¹⁴ Jan Weydenthal, Nato: Future Strategy.

¹⁵ ITAR-TASS, 12.12.1998, zit. nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 14.12.1998.

¹⁶ INTERFAX vom 4.10.1998, zit. nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 5.10.1998.

¹⁷ Stimme Rußlands, 22.2.1999, zit. nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 23.2.1999.

¹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1999, S. 4.

¹⁹ Interview in: Kommersant, 27.3.1999, S. 1.

dafür bereits eine Mehrheit.²⁰ Roman Popkowitsch hat vorgeschlagen, die Möglichkeit atomarer Präventivschläge in das Konzept der nationalen Sicherheit Rußlands aufzunehmen.²¹ Die Kritik von Regierungs- wie Oppositionsseite konzentriert sich also im wesentlichen auf den Aspekt völkerrechtlicher Bedenklichkeit wie auf den Vorwurf, die NATO verhalte sich bewußt expansiv.

Die anfangs scharfen Verlautbarungen von Regierungsvertretern sind jedoch schon bald vorsichtigeren Äußerungen gewichen, die die Wichtigkeit guter Beziehungen mit dem Westen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit betonen. "Die Frage der Anwendung von Gewalt gegen Gewalt stellt sich nicht", sagte Außenminister Iwanow. Zu Beginn einer Kabinettsitzung forderte Ministerpräsident Primakow, die Verärgerung über die Luftangriffe dürfe nicht zu einer ernsthaften Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen führen und verkündete: "Es wird keinen Isolationismus geben."²² Obwohl Präsident Jelzin in seiner ersten Reaktion am 25. März mitteilte, den Abbruch aller Beziehungen zur NATO anzuordnen, wurde letztlich nicht der NATO-Botschafter, sondern lediglich der höchste Offizier bei der NATO abgezogen.

Unterschwellig scheint der Verlust des sowjetischen Supermacht-Status bei den meisten Vertretern der außenpolitischen Elite Rußlands ein Gefühl von Unterlegenheit hinterlassen zu haben. Sergeij Karaganow, Mitglied des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, dazu: "Wir wollen die NATO so schwach wie möglich, denn wir sind kein Teil von ihr."²³ Wladimir Lukin, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma beklagt, dem Westen seien die Beziehungen zu Rußland gleichgültig.²⁴

Die Berichterstattung in den russischen Medien

In der russischen Tagespresse findet bislang eine Berichterstattung über die Verhandlungen zum neuen Strategischen Konzept der NATO, wie übrigens auch in deutschen Zeitungen, kaum statt. Über die Situation in Jugoslawien bieten nur "Kommersant" und "Iswestija" einigermaßen differenzierte Hintergrundinformationen. In den übrigen russischen Printmedien hat, wie in der Politik, die Darstellung einer expansiven NATO – respektive USA – Konjunktur. Häufig wird der Vorwurf erhoben, der "Weltpolizist" USA nutze die NATO als Vehikel, um auf der ganzen Welt seine eigenen Interessen durchzusetzen.²⁵ Die kommunistische "Pravda" etwa unterstellt dem Westen, sich mit dem militärischen Eingreifen in Jugoslawien nur die Bodenschätze des Kosovo sichern und letztlich ganz Jugoslawien an sich reißen zu wollen.²⁶ Ein weiteres Interpretationsmuster stellt die USA als "Zuchtmeister Europas" dar. Die "Nezawisimaja Gazeta" vertritt die Ansicht, die USA wollten im sich abzeichnenden Handelskrieg mit Europa klarmachen, wer die europäischen Angelegenheiten zu bestimmen hat²⁷ und die regierungsnaher "Rossiskaja Gazeta" sieht als Motiv, die USA hätten mit den militärischen Aktionen lediglich Europa "zügeln" wollen.²⁸

Im allgemeinen wird Partei für die Serben ergriffen. Allerdings kann man hier ab etwa Anfang April in einigen russischen Medien einen Perspektivwechsel konstatieren: Zunehmend rückt jetzt auch das

²⁰ Die Welt, 1.4.1999, S. 3.

²¹ Segodnja, 1.4.1999, S. 1.

²² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1999, S. 4.

²³ International Herald Tribune, 15.3.1999, S. 11.

²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1999, S. 4.

²⁵ Vladimir Kuzar: NATO – instrument global'noj strategii SŠA?, in: Krasnaja zvezda, 22.5.1998, S. 3 sowie Interview mit Sergej Nikolaewič Baburin, in: Krasnaja zvezda, 23.10.1998, S. 1.

²⁶ Pravda, 25.3.1999.

²⁷ Nezawisimaja Gazeta, 25.3.1999.

²⁸ Rossiskaja Gazeta vom 1.4.1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

Elend der Vertriebenen Kosovo-Albaner in den Mittelpunkt, während es zuvor ausschließlich um das Schicksal der serbischen Bevölkerung ging.²⁹

Insgesamt gängig in der russischen Tagespresse ist das Bild einer expansiven und rücksichtslosen NATO, die mit den USA personifiziert wird. Damit aktivieren die Medien in Teilen der Bevölkerung ein latentes NATO/USA-Feindbild, das implizit mit dem Bedeutungsverlust Rußlands einhergeht. Charakteristisch dafür ist der Aufmacher der "Vremja" vom 25. März 1999: "Die Luftstreitkräfte der Allianz haben Jugoslawien und dem internationalen Ansehen Moskaus einen Schlag versetzt."

Perzeptionsmuster in der russischen Bevölkerung

Wie wird die NATO tatsächlich von der russischen Bevölkerung wahrgenommen? Wie ordnet sie die Frage der nationalen Sicherheit ein im Verhältnis zu anderen Themen?

Wird nach den größten Herausforderungen gefragt, mit denen sich Rußland konfrontiert sieht, so ergeben die demoskopischen Untersuchungen der letzten Jahre ein relativ konstantes Bild. In einer Umfrage vom April 1996 nennt die Mehrzahl der Befragten (56%) ökonomische Probleme an erster Stelle, während nur eine Minderheit von weniger als einem Prozent nationaler Sicherheit oder ähnlichen Themen erste Priorität einräumt.³⁰ Eine weitere Untersuchung vom Dezember 1997 stellt die Frage: Was ist wichtiger für Rußland, die Wiederherstellung seiner militärischen Macht und die Rückkehr zu seinem Status als Supermacht oder Bemühungen, die Wirtschaft auf Weltniveau zu heben? Nur etwa 20% der Befragten stimmten der ersten Option zu.³¹

Eine Erhebung von Mitte 1997 ergab lediglich 18,5% positive Antworten auf die Frage, ob die Osterweiterung der NATO möglicherweise zu einem Anstieg der militärischen Bedrohung Rußlands führen könne.³² Eine weitere Umfrage des "Meinungsforschungs- und Marktanalyseinstituts in Moskau" (VCIOM) unter 800 Moskauer Bürgern von Anfang 1998 ergibt, daß 59% der Befragten sich sicher oder ziemlich sicher sind, daß derzeit keine Gefahr für Rußland von einem anderen Land bestünde. Nur 13% sind sich sicher, daß eine Gefahr drohe.³³

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß zum einen für die russische Bevölkerung wirtschaftliche Probleme weit vor der Forderung rangieren, für Rußland einen der ehemaligen Sowjetunion vergleichbaren Supermacht-Status zu erlangen. Zum anderen sind Bedrohungsperzeptionen innerhalb der russischen Bevölkerung weit weniger verbreitet, als dies manchmal suggeriert wird. Daß Umfragen vor dem Hintergrund stark politisierter Situationen, wie momentan etwa der angespannten Situation in Jugoslawien, zu anderen Ergebnissen kommen,³⁴ widerspricht dabei dieser These nicht.

Fazit

Die russische NATO-Politik mindestens der letzten Monate ist von taktischem Kalkül geprägt und erscheint dadurch widersprüchlich. Zwar wird von Regierungs- wie Oppositionsseite Kritik an einer NATO-Selbstmandatierung geäußert, die vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges an Schärfe noch zugenommen hat. In der Praxis ist die russische Außenpolitik jedoch weitgehend auf Kooperation eingestellt.

²⁹ So zeigt das Nachrichtenmagazin "Itogi" in seiner Ausgabe vom 6.4. (S. 14f.) und vom 13.4. (S. 34ff.) erstmals auch Bilder von albanischen Flüchtlingen, ebenso wie der Fernsehsender NTW in seiner Nachrichtensendung am 5.4.

³⁰ Zit. nach: Anatol Lieven, Chechnya: Tombstone of Russian Power, New Haven/London 1998, S. 7.

³¹ Preferences of Russian People in Foreign Policy, Leonid Sedov (VTsIOM), in: Interfax-Argumenty i Fakty, Nr. 48, Dezember 1997, zit. nach: Johnson's Russia List.

³² Umfrage von Gallup International und dem Russian Public Opinion and Market Research Institute, Ergebnisse in Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 7.-13.6.1997.

³³ Zit. nach: Boimsja li my voennoj ugrozy?, in: Vlast' v Rossii, Nr. 10, März 1998, S. 8.

³⁴ Im Kommersant vom 31.3.1999 (S. 3) wurde eine Umfrage zur Einstellung der russischen Bevölkerung zur Verschärfung des Kosovo-Konflikts veröffentlicht. Auf die Frage "Wer ist Schuld an der Entstehung und Entwicklung des Konflikts auf dem Balkan?" nannten 46,3% der Befragten NATO und USA.

Wesentliche Gründe für die scharfe Kritik von russischer Seite sind folgende:

1. In Rußland sind Außen- und Innenpolitik eng miteinander verflochten. Die politisch Verantwortlichen befinden sich hier in einem gewissen Dilemma: Einerseits möchte man politischen Gegnern, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Dumawahlen, keine Breitseite bieten und stimmt zum Teil in den Chor der "Falken" ein, der dogmatischen Hardliner, die in der NATO grundsätzlich eine Bedrohung sehen, ein militärisches Engagement im Kosovo-Krieg fordern und einer Erneuerung Rußlands als Supermacht das Wort reden. Auf der anderen Seite ist den Verantwortlichen klar, daß aufgrund der großen Abhängigkeit ein konfrontatives Auftreten dem Westen gegenüber nicht im Interesse Rußlands liegen kann.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

-
2. In weiten Teilen der außenpolitischen Elite Rußlands wurde der Verlust des Supermacht-Status noch nicht verwunden. Sicherlich spielt bei vielen der Groll darüber eine Rolle, daß Rußland nicht selbst vollwertiges NATO-Mitglied ist und am Katzentisch des NATO-Rußland-Rates sitzen muß. Mit dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist Rußland noch ein gewichtiges Instrument verblieben, Einfluß auf internationale Militäreinsätze zu nehmen. Mit einer Entmachtung dieses Organs würde sich die Rolle Rußlands als internationaler Akteur weiter relativieren.
 3. Durch die Medien wird ein latentes NATO-Feindbild aktiviert. Im Prinzip rangieren jedoch bei der Mehrheit der russischen Bevölkerung ökonomische Herausforderungen weit vor dem Wunsch nach einem größeren militärischen Engagement Rußlands in der Welt.
 4. Auch objektive sicherheitspolitische Bedenken dürften eine Rolle spielen, und zwar die Furcht, ein zum Gewohnheitsrecht gewordener Verzicht auf das UN-Veto könnte in Zukunft auch internationale Einsätze auf dem Territorium der Russischen Föderation, wahrscheinlicher aber noch auf dem Gebiet des "Nahen Auslands", möglich machen.
 5. Übertrieben erscheinende Maximalpositionen und Säbelrasseln haben natürlich auch verhandlungstaktische Gründe. Im Austausch gegen Zugeständnisse der Gegenseite werden Forderungen als "bargaining chip" eingesetzt; mit scharfer Rhetorik wird versucht, der eigenen Position Nachdruck zu verleihen.

Gerade hier muß die außenpolitische Elite Rußlands allerdings vorsichtig sein. Ein inflationärer Gebrauch hohler Drohgebärden, denen dann – Gott sei Dank! – keine Taten folgen, kann der Glaubwürdigkeit der russischen Außenpolitik auf Dauer Schaden zufügen.

Kein Zweifel besteht jedoch daran, daß Rußland in der europäischen Sicherheitsarchitektur eine wesentliche Rolle spielt. Insofern muß die NATO auf begründete russische Bedenken eingehen. Im Jugoslawien-Krieg kann Moskau als Mittler eine Schlüsselstellung einnehmen und wird sich im Falle erfolgreicher Verhandlungen als Macht präsentieren können, auf die man in Europa nicht verzichten kann. Grundsätzlich hängt das Gewicht Rußlands in der internationalen Politik allerdings wesentlich ab von seiner ökonomischen Potenz und damit vom Erfolg der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Sebastian Mayer

Der Autor ist Praktikant am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Redaktion: Hans-Henning Schröder